

Struktur und Ausstattung der mitteldeutschen Hochschullandschaft

Kludia Erhardt

Dirk Lewin

Peer Pasternack

Robert D. Reisz

Wesentlich für die Struktur und Ausstattung einer Hochschullandschaft sind die regionale Verteilung der Hochschulen und interne Gliederung nach Hochschultypen, die Entwicklung der verausgabten öffentlichen Mittel für die Hochschulen und die Anzahl der Studienplätze. Um die Befunde angemessen einordnen zu können, sind die entsprechenden Daten ins Verhältnis zu zentralen sozioökonomischen Kennziffern zu setzen.

1. Institutionen

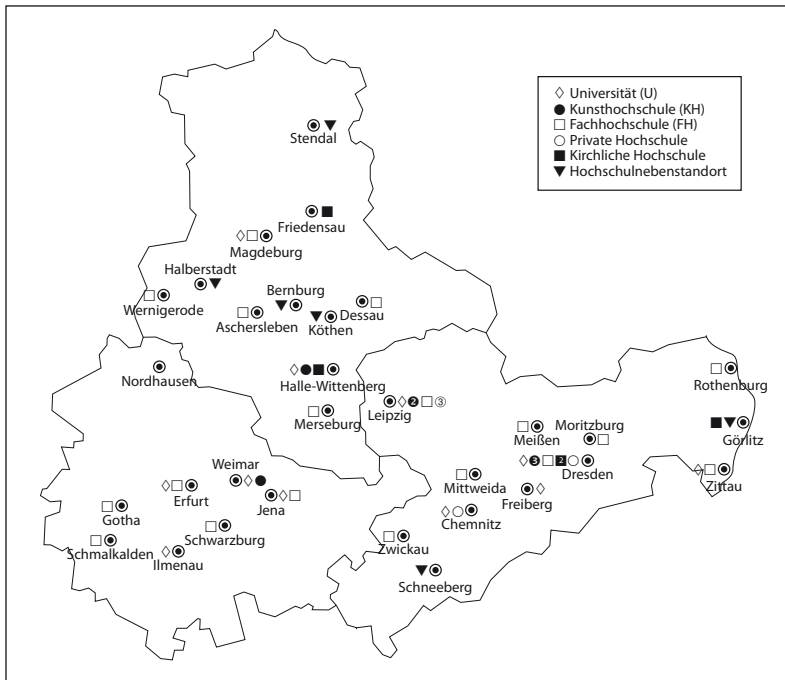
Die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unterhalten insgesamt elf *universitäre Einrichtungen*. Drei davon sind traditionelle Volluniversitäten – die Universitäten Leipzig, Halle-Wittenberg und Jena. Die beiden erstgenannten hatten im Zuge der Strukturbereinigung Anfang der 90er Jahre Integrationen anderer Hochschulen zu bewerkstelligen.¹ Die Universität Halle-Wittenberg hat zugleich in Gestalt der ihr assoziierten Stiftung Leucorea Wittenberg den Standort ihrer älteren Quellenuniversität akademisch wiederbelebt.² In Erfurt erfolgte unter Bezugnahme auf die historische Vorgängerin eine universitäre Neugründung, in der zwei vorhandene Hochschulen aufgegangen sind.³ An den Hochschulstandorten in Ilmenau und Weimar hatten Statusänderungen vorhandener Institutionen

¹ Leipzig: Deutsche Hochschule für Körperkultur (DHfK), (evangelische) Kirchliche Hochschule (zuvor Theologisches Seminar) Leipzig und PH Leipzig; Halle-Wittenberg: PH Halle-Köthen, Teile der TH Leuna-Merseburg

² Studiengänge werden in Wittenberg nicht unterhalten.

³ Mit der Gründung wurde die Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen integriert. Im Zuge des Ausbaus der Universität Erfurt wurde 2003 auch die bis dahin kirchlich getragene Theologische Fakultät Erfurt (vormals Philosophisch-Theologisches Studium Erfurt) als Katholisch-theologische Fakultät in die Erfurter Universität aufgenommen.

– der TH Ilmenau und der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar – zum universitären Charakter geführt. Die technisch ausgerichteten Universitäten in Magdeburg und Dresden wurden zu Volluniversitäten incl. Hochschulmedizin ausgebaut, jeweils unter Integration von Hochschulen.⁴ Deutliche Fächergruppenerweiterungen hatte aber auch die TU Chemnitz erfahren.⁵ Die Bergakademie Freiberg wurde unter Beibehaltung ihres montanwissenschaftlichen Schwerpunkts zur TU. Eine Besonderheit stellt das neugegründete Internationale Hochschulinstitut Zittau dar: Es bietet kein Grundstudium, sondern Hauptstudiengänge bzw. Masterprogramme an.



Übersicht 1: Die mitteldeutsche Hochschullandschaft 2008

Der öffentliche Fachhochschulsektor in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen umfasst 12 Hochschulen. Die jüngeren Entwicklungen in diesem Bereich sind übersichtlich: Die Landesregierung Sachsen-Anhalt folgte

⁴ Magdeburg: Medizinische Akademie Magdeburg, PH Magdeburg; Dresden: Medizinische Akademie Dresden, PH Dresden, Teile der Hochschule für Verkehrswesen.

⁵ in der ein Teil der früheren PH Zwickau aufgegangen war

einer Anregung des Wissenschaftsrates, die im Aufbau befindlich gewesene Fachhochschule Altmark in Stendal nicht als eigenständigen Standort zu führen, sondern in die bereits bestehende FH Magdeburg – nunmehr Hochschule Magdeburg-Stendal – zu integrieren.⁶ 1997 war noch die Neugründung einer Fachhochschule am Standort Nordhausen erfolgt (TKM 2001: 12).

Übersicht 2: Die mitteldeutsche Hochschullandschaft 1996 und 2009 im Vergleich

Hochschulen 1996	Hochschulen 2009	Typ	Trägerschaft	Anm.
Sachsen				
TU Chemnitz-Zwickau	TU Chemnitz	Uni	staatlich	
	Priv. FernFachHochschule Sachsen Chemnitz	FH	Privat	
U Leipzig	U Leipzig	Uni	staatlich	
H für Grafik und Buchkunst Leipzig	H für Grafik und Buchkunst Leipzig	KH	staatlich	
H für Musik und Theater Leipzig	H für Musik und Theater Leipzig	KH	staatlich	
H für Technik, Wirtschaft u. Kultur Leipzig	H für Technik, Wirtschaft u. Kultur Leipzig	FH	staatlich	
Handelshochschule Leipzig	Handelshochschule Leipzig	Uni	privat	
FH der Deutschen Telekom AG Leipzig	FH der Deutschen Telekom AG Leipzig	FH	privat	
Ostdeutsche HS für Berufstätige Leipzig	AKAD Fachhochschule Leipzig	FH	privat	Integration
TU Bergakademie Freiberg	TU Bergakademie Freiberg	Uni	staatlich	
TU Dresden	TU Dresden	Uni	staatlich	
	Dresden International University	Uni	privat	
H für Bildende Künste Dresden	H für Bildende Künste Dresden	KH	staatlich	
H für Musik Dresden	H für Musik Dresden	KH	staatlich	
H für Technik und Wirtschaft Dresden	H für Technik und Wirtschaft Dresden	FH	staatlich	
Evang. FH für Sozialarbeit Dresden	Evangelische FH für Sozialarbeit Dresden	FH	kirchlich	
H für Kirchenmusik Dresden	H für Kirchenmusik Dresden	KH	kirchlich	

⁶ Interview mit dem Gründungsrektor der FH Altmark, Prof. Kaschade, 1998

Hochschulen 1996	Hochschulen 2009	Typ	Trägerschaft	Anm.
	Palucca Schule Dresden, H für Tanz	KH	staatlich	Statusände- rung
H für Technik und Wirt- schaft Mittweida	H Mittweida	FH	staatlich	
H f. Techn., Wirtsch. u. Sozialw. Zittau/Görlitz	H Zittau/Görlitz	FH	staatlich	
Internationales Hoch- schulinstitut Zittau	Internationales Hoch- schulinstitut Zittau	Uni	staatlich	
H für Technik und Wirt- schaft Zwickau	Westfälische H Zwickau	FH	staatlich	
FH der Sächsischen Verwaltung Meißen	FH der Sächsischen Verwaltung Meißen	FH	staatlich	
FH f. Polizei Rothenburg	FH f. Polizei Rothenburg	FH	staatlich	
FH für Religionspäd- agogik und Gemeinde- diakonie Moritzburg	FH für Religionspäd- agogik und Gemeinde- diakonie Moritzburg	FH	kirchlich	
	Hochschule für Kir- chenmusik Görlitz	KH	kirchlich	Statusände- rung
Sachsen-Anhalt				
U Halle-Wittenberg	U Halle-Wittenberg	Uni	staatlich	
Burg Giebichenstein H f. Kunst u. Design Halle	Burg Giebichenstein H f. Kunst u. Design Halle	KH	staatlich	
Evangelische H für Kirchenmusik Halle	Evangelische H für Kirchenmusik Halle	KH	kirchlich	
U Magdeburg	U Magdeburg	Uni	staatlich	
FH Magdeburg	H Magdeburg-Stendal	FH	staatlich	
FH Altmark				Integration in H Magde- burg
FH Anhalt	H Anhalt	FH	staatlich	
FH Harz	H Harz	FH	staatlich	
FH Merseburg	H Merseburg	FH	staatlich	
FH f. Öff. Verwaltg. u. Rechtspf. Halberstadt				Integration in H Harz
	FH der Polizei Aschers- leben	FH	staatlich	
Theologische H Frie- densau	Theologische H Frie- densau	Uni	kirchlich	
Thüringen				
U Jena	U Jena	Uni	staatlich	
FH Jena	FH Jena	FH	staatlich	
TU Ilmenau	TU Ilmenau	Uni	staatlich	
Bauhaus-Universität Weimar	Bauhaus-Universität Weimar	Uni	staatlich	
H für Musik Weimar	H für Musik Weimar	KH	staatlich	

Hochschulen 1996	Hochschulen 2009	Typ	Trägerschaft	Anm.
U Erfurt	U Erfurt	Uni	staatlich	
FH Erfurt	FH Erfurt	FH	staatlich	
Philosophisch-Theologisches Studium Erfurt				Integration in U Erfurt
FH Schmalkalden	FH Schmalkalden	FH	staatlich	
	FH Nordhausen	FH	staatlich	
PH Erfurt/Mühlhausen				Integration in U Erfurt
Thüringer FH für öffentliche Verwaltung Weimar	Thüringer FH für öffentliche Verwaltung Gotha	FH	staatlich	örtliche Verlagerung
FH für Forstwirtschaft Schwarzburg	FH für Forstwirtschaft Schwarzburg	FH	staatlich	
	SRH FH für Gesundheit Gera	FH	privat	

Unberücksichtigt war die Empfehlung des Wissenschaftsrats geblieben, keine *verwaltungsinternen Fachhochschulen* zu gründen und stattdessen die allgemeinen Fachhochschulen für Verwaltungsstudiengänge zu öffnen (Wissenschaftsrat 1992b). Im Ergebnis bestehen in den drei Ländern zusätzlich zu den allgemeinen FHs fünf Verwaltungsfachhochschulen, wobei eine ursprünglich sechste (FHVerw Halberstadt) inzwischen in die Hochschule Harz integriert wurde.

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen betreiben sieben *künstlerische Hochschulen*, davon drei Musikhochschulen (in Leipzig: Hochschule für Musik und Theater, des weiteren Dresden und Weimar), drei Hochschulen für bildende und angewandte Künste (Halle, Leipzig, Dresden) sowie eine Hochschule für Tanz (Palucca Schule Dresden). Daneben bietet auch die Bauhaus-Universität Weimar künstlerische Studiengänge an.

Zwei der mitteldeutschen Länder – Sachsen und Thüringen – unterhalten auch jeweils eine *Berufsakademie*, Thüringen mit zwei, Sachsen mit sieben Standorten. Berufsakademien als Anbieter dualer Studiengänge sind keine Hochschulen, werden aber dem tertiären Bildungssektor zugeordnet. Sie verleihen Studienabschlüsse, die den FH-Abschlüssen gleichgestellt sind.

In unterschiedlichem Maße verfügen die drei Länder auch über *nicht-öffentlich unterhaltene Hochschulen*.⁷ Zu unterscheiden sind hierbei Einrichtungen in kirchlicher und in privater Trägerschaft. Durch evangelische

⁷ Detaillierter der Beitrag von Robert D. Reisz/Manfred Stock: Nichtstaatliche Hochschulen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, in diesem Band.

Kirchen bzw. eine Religionsgemeinschaft werden sechs Hochschulen unterhalten, davon eine mit Universitätsstatus (Theologische Hochschule Friedensau) und drei für die kirchenmusikalische Ausbildung (Halle/S., Dresden, Görlitz). Die zuvor eigenständige (katholische) Theologische Fakultät Erfurt war 2003 in die Universität Erfurt integriert worden. Von privaten Trägern werden im mitteldeutschen Raum fünf Hochschulen unterhalten, davon zwei mit universitärem Status (Handelshochschule Leipzig, Dresden International University, letztere ohne Promotionsrecht). Die kirchlichen und privaten Hochschulen sind inhaltlich interessante Ergänzungen des öffentlichen Hochschulsektors, spielen aber im Blick auf die Anzahl der angebotenen Studienplätze eine untergeordnete Rolle für die mitteldeutsche Hochschullandschaft.

Um 1995 waren die wesentlichen Strukturbereinigungen der mitteldeutschen Hochschullandschaft, die nach 1990 konzipiert und umgesetzt wurden, abgeschlossen. Übersicht 2 präsentiert die seitherigen Entwicklungen und den aktuellen Stand, indem die Institutionenlandschaft des Jahres 1996 der von 2009 gegenübergestellt wird.

In einer länderspezifischen Betrachtung lässt sich zusammenfassen, dass die mitteldeutsche Hochschullandschaft, soweit öffentlich unterhalten, folgendermaßen strukturiert ist (Übersicht 3):

- *Sachsen* ist mit vier Universitäten ausgestattet, unterhält daneben das Internationale Hochschulinstitut in Zittau als kleinste universitäre Einrichtung, fünf Kunsthochschulen, fünf Fachhochschulen sowie zwei Verwaltungs-FHs; hinzu treten hier im tertiären Bereich sieben regional verteilte Einrichtungen der Staatlichen Berufsakademie Sachsen.
- *Sachsen-Anhalt* hat zwei Universitäten, eine Kunsthochschule, vier Fachhochschulen und eine Verwaltungs-FH.
- *Thüringen* verfügt über vier Universitäten, davon eine Technische und zwei weitere mit eingeschränktem Fächerspektrum, eine künstlerische Hochschule, vier Fachhochschulen und zwei Verwaltungs-FHs; daneben hat Thüringen auch eine Berufsakademie mit zwei Standorten.
- *Hochschulmedizin* unterhalten alle drei Länder; dabei verfügen Sachsen-Anhalt und Sachsen über jeweils zwei hochschulmedizinische Standorte und Thüringen über einen.

Übersicht 3: Hochschultypen und -arten in den mitteldeutschen Ländern 1996 und 2009

Hochschultyp	Hochschulart	Trägerschaft	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Gesamt
Universität und gleichgestellte Hochschulen	Universität	staatlich	5	2	4	11
	Universität	privat	2	–	–	1
	Künstlerische Hochschule	staatlich	5	1	1	7
	Theolog. bzw. kirchenmusikalische Hochschule	kirchlich	2	2	–	4
	Summe		14	5	5	24
Fachhochschule	Fachhochschule	staatlich	5	4	4	13
	Fachhochschule	kirchlich	2	–	–	2
	Fachhochschule	privat	3	–	1	4
	Verwaltungs-FH	staatlich	2	1	2	5
	Summe		12	5	7	24
Hochschulen insgesamt			26	10	12	48

2. Hochschulfinanzierung

In der Hochschulfinanzstatistik werden die Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen nach laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben (= Summe der Ausgaben) sowie nach Verwaltungseinnahmen, Drittmitteln und Grundmitteln (= Summe der Einnahmen) untergliedert. Dabei ist die Summe der Ausgaben stets gleich der Summe der Einnahmen. Die Grundmittel stellen somit den Teil der Einnahmen dar, der nicht von der Hochschule selbst erwirtschaftet (Verwaltungseinnahmen) oder als Drittmittel eingeworben wird. Das Grundmittelkonzept zeigt den öffentlichen Zuschussbedarf der Bildungseinrichtungen auf und ist für ländervergleichende Betrachtungen besonders geeignet (BLK 2006b: 7f.).⁸

Eine Untermenge der Grundmittel sind die ‚laufenden Grundmittel‘. Sie bezeichnen die ‚laufenden Ausgaben‘ minus der Verwaltungseinnahmen und Drittmittel. Die laufenden Grundmittel sind somit der Anteil des Trägers an den laufenden Ausgaben, oder, anders ausgedrückt: Sie stellen den Zuschussbedarf der Hochschulen vermindert um die Investitionsmittel dar.⁹

Die medizinischen Einrichtungen an Hochschulen unterscheiden sich in ihrer Ausgaben- und Einnahmenstruktur stark von den sonstigen Fächern.¹⁰ Deshalb werden in den folgenden Übersichten die medizinischen Einrichtungen zum Teil gesondert ausgewiesen.

⁸ Obwohl in den Grundmitteln auch Zuschüsse anderer als der öffentlichen Träger enthalten sind, spiegeln sie in etwa die Zuschüsse der Länder und des Bundes zu den laufenden Kosten der Hochschulen wider, denn Zuschüsse anderer Träger sind trotz der Zunahme der Zahl privater Hochschulen gering und können daher in der Gesamtbetrachtung vernachlässigt werden (die Zuschüsse von privaten Hochschulträgern spielen in Deutschland im allgemeinen und in Ostdeutschland im besonderen quantitativ keine größere Rolle: der Anteil der Ausgaben privater Hochschulen an allen Hochschulausgaben betrug 2005 1,4%; vgl. Statistisches Bundesamt 2007). Im Zeitraum ab 1995 trug der Bund mit nur geringen Schwankungen etwas über ein Zehntel, die Länder trugen knapp neun Zehntel der öffentlichen Zuschüsse an die Hochschulen (BLK 2006a: 86). Allerdings wird die Vergleichbarkeit durch länderspezifische Umstellungen im Rechnungswesen gestört (ebd.: 78). Auch schränkt die unterschiedliche Hochschul- und Fächerstruktur in den einzelnen Bundesländern die Vergleichbarkeit ein, so dass die Interpretation der Daten hinsichtlich länderspezifischer Unterschiede mit Vorsicht zu geschehen hat.

⁹ Die Betrachtung der laufenden Grundmittel anstelle der Grundmittel einschließlich der Investitionsausgaben bietet sich besonders für einen in die neunziger Jahre zurückreichenden Vergleich zwischen den Bundesländern an, da damals die Investitionen zum Hochschulausbau in den östlichen Bundesländern doppelt so hoch waren wie in den westlichen (Wolf 2006: 237).

¹⁰ Das betrifft zum einen die Verwaltungseinnahmen – darunter fallen bei den medizinischen Einrichtungen z.B. die Kostenerstattungen der Krankenkassen. Zum anderen geben die Me-

Um die Entwicklung der Hochschulfinanzierung – die hier für den Zeitraum 1995 bis 2005 dargestellt wird – angemessen einordnen zu können, werden die Werte der mitteldeutschen Länder den Werten für die ost- und die westdeutschen Flächenländer sowie dem Bundesdurchschnitt gegenübergestellt. Als Grundlage für die kontextualisierende Bewertung der Hochschulfinanzierung werden zudem Indikatoren für die Wirtschaftskraft der Länder und die Entwicklung der Studierendenzahlen herangezogen.

2.1. Laufende Grundmittel in Relation zu den Studierendenzahlen

Bei den laufenden Grundmitteln in Relation zu den Studierendenzahlen handelt es sich um eine eingeführte Kennziffer der Hochschulfinanzstatistik. Sie gilt als aussagekräftig dafür, welcher Stellenwert den Hochschulen im betrachteten Land beigemessen wird (Statistisches Bundesamt 2006a: Anhang 3).¹¹ Übersicht 4 zeigt die Entwicklung der laufenden Grundmittel je Studierenden in den mitteldeutschen Ländern zwischen 1995 und 2005.

Die Zuwendungen der Träger an die Hochschulen für laufende Kosten nahmen zwischen 1995 und 2005 in fast allen Bundesländern moderat zu. Die Studierendenzahlen stiegen dagegen in den drei mitteldeutschen Bundesländern sehr stark an, im Durchschnitt auf 170% im Vergleich zum Stand des Jahres 1995, während der Kennwert ‚laufende Grundmittel pro Studierenden‘ von einem extrem hohen Stand 1995 bis zum Jahr 2005 auf etwa den Bundesdurchschnitt fiel.

Daraus folgt, dass die bis Anfang dieses Jahrzehnts deutlich erhöhten laufenden Grundmittel pro Studierenden in Mitteldeutschland nicht etwa auf strukturell teurere Studienplätze, sondern vor allem auf den Hochschulausbau zurückzuführen sind, der ja in die Zukunft wirken sollte und sich daher an den zukünftig erwarteten Studierendenzahlen orientieren musste. Die Zahlen zeigen, dass das Konzept insofern aufging, als es tatsächlich gelang, die Studierendenzahlen so weit zu steigern, dass sie

dizinischen Einrichtungen wesentlich mehr laufende Grundmittel je Studierenden aus als die anderen Fächergruppen.

¹¹ Weitere gebräuchliche Indikatoren sind ‚laufende Grundmittel für ein Studium in der durchschnittlichen Fachstudiendauer‘ sowie ‚laufende Grundmittel pro Absolvent‘. Der erste der beiden Indikatoren ergibt für den Ländervergleich keine andere Aussage als die Kennziffer ‚laufende Grundmittel je Student‘, denn etwaige länderspezifische Unterschiede in der Studiendauer bilden sich in beiden Indikatoren gleichermaßen ab. Der Indikator ‚laufende Grundmittel je Absolvent‘ ist in Epochen schwankender Studienanfängerzahlen nur schlecht zu interpretieren, weil die heutigen Absolventen auf die Studienanfänger von vor ein paar Jahren zurückgehen, während die betrachteten Grundmittel die von heute sind.

nahezu im gleichen Verhältnis zur Einwohnerzahl stehen wie in den westdeutschen Flächenländern (westdeutsche Flächenländer: 23,05 Studierende pro 1.000 Einwohner, mitteldeutsche Länder: 22,97 Studierende pro 1.000 Einwohner).¹²

Übersicht 4: Laufende Grundmittel der Hochschulen (alle Hochschultypen)

Jahr	Studierenden- de (Anzahl)	Lfd. Grundmittel (Mio Euro)	Laufende Grundmittel je Stud. (Euro)		
			Insges.	Personal- ausgaben	übrige lfd. Ausgaben
Sachsen					
1995	67.231	709,0	10.550	5.860	4.690
2000	84.516	734,2	8.690	6.120	2.560
2005	107.792	752,4	6.979	5.495	1.484
Sachsen-Anhalt					
1995	27.299	343,5	12.580	6.400	6.180
2000	38.227	377,3	9.870	6.670	3.200
2005	51.732	377,5	7.297	4.990	2.440
Thüringen					
1995	27.497	308,6	11.220	6.300	4.920
2000	39.752	350,3	8.810	6.280	2.540
2005	49.075	371,6	7.572	5.795	1.777
Ostdeutsche Flächenländer					
1995	160.598	1.775,7	11.060	6.010	5.050
2000	223.156	1.920,8	8.610	6.050	2.560
2005	285.318	1.992,7	6.984	4.850	2.030
Westdeutsche Flächenländer					
1995	1.457.612	8.733,0	5.990	3.230	2.770
2000	1.349.731	9.458,8	7.010	4.880	2.130
2005	1.459.435	10.441,0	7.154	3.494	3.660
Deutschland insgesamt					
1995	1.856.115	12.455,7	6.710	3.590	3.120
2000	1.796.006	13.079,0	7.280	5.070	2.210
2005	1.986.106	14.190,8	7.145	3.421	3.724

Quellen: Destatis Fachserie 11 Reihe 4.3.2_2006, Tabelle 2.2.1.

¹² Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Einwohnerzahl im betrachteten Zeitraum in den westdeutschen Flächenländern leicht anstieg, während sie in den mitteldeutschen Ländern abnahm. Ebenso sind hier auch die Effekte der Altersstruktur der Bevölkerung zu berücksichtigen. Durch Abwanderung und stark rückläufige Geburtenzahlen hat sich die Einwohnerzahl in den Flächenländern um rund ein Zehntel verringert, während die im gleichen Zeitraum sehr geburtenstarken Jahrgänge ein Studium aufnahmen.

Von einem hohen Niveau kommend, stieg der Zuwachs der laufenden Grundmittel in den mitteldeutschen Bundesländern zwischen 2000 und 2005 von 100 auf 102,7 Prozent und fiel damit so mager aus, dass er deutlich unter der Preissteigerungsrate liegt, während er in den westdeutschen Flächenländern im gleichen Zeitraum immerhin von 100 auf 111,5 Prozent stieg.¹³

Die Aufgliederung der laufenden Grundmittel pro Studierenden nach Personalausgaben und den übrigen laufenden Ausgaben zeigt, dass ein Einsparpotenzial eher bei den übrigen laufenden Ausgaben gesehen wird, denn die Personalausgaben pro Studierenden liegen in Mitteldeutschland im Durchschnitt in etwa nur um soviel niedriger, wie es den unterschiedlichen Tarifen im Öffentlichen Dienst entspricht. Das spricht zugleich für eine mit anderen Flächenländern vergleichbare Personalausstattung der Hochschulen.¹⁴

Die großen Unterschiede im Verbrauch laufender Grundmittel zwischen den einzelnen Bundesländern gehen u.a. auf unterschiedliche Hochschulstrukturen zurück.¹⁵ Einen unterschiedlichen Verbrauch an laufenden Grundmitteln haben einerseits die verschiedenen Hochschultypen (Studienplätze an Fachhochschulen sind z.B. häufig ‚billiger‘ als an Hochschulen), andererseits die verschiedenen Fächergruppen (Medizin ist z.B. erheblich teurer als andere Fächer).

Die Differenzierung zeigt einerseits, wie stark die Gegebenheiten der Medizinischen Einrichtungen an Hochschulen von denen der anderen Fächer abweichen. Der Unterschied ist so eklatant, dass es nur in bestimmten Fällen zulässig erscheint, die Hochschulfinanzen insgesamt zu betrachten. Andererseits erklärt die Differenzierung nach Hochschultypen nicht alle Unterschiede zwischen den mitteldeutschen Ländern. Sachsen fällt z.B. in der Gesamtbetrachtung (Übersicht 5) durch einen unterdurchschnittlichen Verbrauch an laufenden Grundmitteln pro Studierenden auf. Übersicht 5 zeigt zugleich, dass dies hauptsächlich auf die im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ‚preiswerten‘ Medizin-Studienplätze zurückgeht.

¹³ eigene Berechnungen aus Destatis Fachserie 11 Reihe 4.3.2_2008, Tabelle 2.2.1., vgl. Übersicht 3 und FS 11 Reihe 4.1_2006

¹⁴ Vgl. Roland Bloch/Anke Burkhardt/Anja Franz/Henning Schulze/Robert Schuster: Entwicklung und Reform der Struktur des wissenschaftlichen Hochschulpersonals, in diesem Band.

¹⁵ Allerdings auch auf Unterschiede im Rechnungswesen aufgrund der Einführung von Globalhaushalten und kaufmännischem Rechnungswesen, die „häufig die Anliegen der amtlichen Statistik nicht berücksichtigen“ (BLK 2006a: 78f).

Übersicht 5: Laufende Grundmittel nach Hochschultyp

Hochschultyp	Studie- rende (Anzahl) (2006)	Lfd. Grund- mittel (Mio €) (2006)	Laufende Grundmittel je Stud. (Euro)		
			Insges. (2006)	Personal- ausgaben (2004)	übr. lfd. Ausgaben (2004)
Sachsen					
HS ohne Med.	101.051	636,6	6.300	4.690	1.390
- davon FH	27.783	140,1	5.042	3.870	1.140
HS-Med.	5.725	76,2	13.313	11.240	6.690
Sachsen-Anhalt					
HS ohne Med.	47.401	294,4	6.211	5.020	1.470
- davon FH	19.587	79,4	4.054	2.990	990
HS-Med.	4.045	66,9	16.553	12.350	8.260
Thüringen					
HS ohne Med.	46.982	308,8	6.574	5.200	1.340
- davon FH	13.646	57,4	4.204	3.470	860
HS-Med.	2.728	50,9	18.660	16.370	9.160
Ostdeutsche Flächenländer					
HS ohne Med.	269.316	1.694,1	6.290	4.780	1.380
- davon FH	83.736	378,2	4.516	3.510	960
HS-Med.	16.030	246,7	15.390	12.410	7.480
Westdeutsche Flächenländer					
HS ohne Med.	1.365.864	8.555,9	6.264	4.600	1.710
- davon FH	387.204	1.517,6	3.919	3.180	1.140
HS-Med.	80.742	1.989,6	24.641	15.450	10.450
Deutschland insgesamt					
HS ohne Med.	1.852.776	11.642,1	6.283	4.640	1.660
- davon FH	527.667	2.102,9	3.985	3.190	1.090
HS-Med.	111.085	2.639,6	23.761	15.350	10.020

Quellen: Destatis Fachserie 11 Reihe 4.3.2_2008, Tabelle 2.2.1. und StatBa, FS 11 Reihe 4.1., Vorbericht 2006, StBa, Sonderauswertung HoF

2.2. Laufende Grundmittel in Relation zu Bruttoinlandsprodukt und Einwohnerzahl

Welche Anstrengungen unternehmen die mitteldeutschen Länder für ihre Hochschulen gemessen an ihrer Wirtschaftskraft? Indikatoren dafür sind die Relationen der laufenden Grundmittel zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und zur Zahl der Einwohner/innen.

Die ostdeutschen Flächenländer erreichen nur etwas über 69 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner, das in den westdeutschen Flä-

chenländern erzielt wird. Dabei fällt vor allem auf, dass sich der Abstand im Zeitverlauf nur langsam verringert, nämlich von 60,5 Prozentpunkten im Jahr 1995 zu 70,5 Prozentpunkten im Jahr 2006. Dementsprechend schwanken die Anteile der regionalen Einheiten am gesamten deutschen Bruttoinlandsprodukt zwischen 1995 und 2006 nur leicht: Die mitteldeutschen Länder erzielen zwischen 7,7 und 8,0 Prozent, die ostdeutschen Flächenländer zwischen 11,3 und 11,7 Prozent, die westdeutschen Flächenländer zwischen 79,8 und 80,2 Prozent (Destatis 2009; eigene Berechnungen).

Da die Zahl der Studierenden pro 1.000 Einwohner in den mitteldeutschen Ländern nur geringfügig unter der in den westdeutschen Flächenländern liegt (2005: 22,97 gegenüber 23,05)¹⁶ und die laufenden Ausgaben pro Studierenden in den mitteldeutschen Ländern ca. 100,5 % des entsprechenden Betrags in den westdeutschen Flächenländern ausmachen, kommt unterm Strich eine deutlich höhere Belastung der Haushalte der mitteldeutschen Länder durch die Ausgaben für Hochschulen heraus. Das spiegelt sich in der Spalte ‚Anteil der laufenden Grundmittel am BIP‘ in Übersicht 6: Aus dieser wird ersichtlich, dass die mitteldeutschen Länder einen erheblich größeren Anteil ihres Bruttoinlandsprodukts für die laufenden Ausgaben ihrer Hochschulen ausgeben als die westdeutschen Flächenländer.¹⁷

¹⁶ Allerdings ist die Anzahl der Studierenden pro 1.000 Einwohner nur bedingt als Indikator für das Bildungsverhalten bzw. die Studienplatzdichte geeignet, da dabei nicht die Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt wird. Für Ostdeutschland erfolgte die Planung der Studienplatzkapazitäten Anfang der 90er Jahre in der Annahme relativ stabiler Bevölkerungszahlen und Geburtenzahlen. Durch Abwanderung und stark rückläufige Geburtenzahlen hat sich die Einwohnerzahl in den Flächenländern um rund ein Zehntel verringert, während aber im gleichen Zeitraum sehr geburtenstarken Jahrgänge ein Studium aufnehmen.

¹⁷ Der Indikator ‚Anteil der Laufenden Grundmittel am BIP‘ darf nicht als tatsächlicher Anteil der Hochschulausgaben am BIP mißverstanden werden, da einerseits die Laufenden Grundmittel nur einen Teil der öffentlichen Ausgaben für die Hochschulen darstellen und andererseits die Länder die Kosten für die Hochschulen nur zu etwa 90 Prozent selbst finanzieren. Die Größe ‚Anteil der laufenden Grundmittel am BIP‘ verhält sich jedoch proportional zu den tatsächlichen Ausgaben der Länder für die Hochschulen. – Noch mehr im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft als die ostdeutschen Flächenländer geben die Stadtstaaten für ihre Hochschulen aus.

Übersicht 6: Laufende Grundmittel der Hochschulen im Spiegel der Wirtschaftskraft der Länder

Jahr	Einw. (Mio.)	BIP* (Mrd. €)	BIP pro Einw.** (T€)	Laufende Grundmittel		
				absolut (Mio €)	pro Einw. (€)	Anteil am BIP (Promille)
Sachsen						
1995	4,6	69,9	15,3	709,0	155,3	10,1
2000	4,4	75,7	17,0	734,2	165,9	9,7
2006	4,2	88,7	21,1	752,4	179,1	8,5
Sachsen-Anhalt						
1995	2,7	38,6	14,0	343,5	125,4	8,9
2000	2,6	43,3	16,4	377,3	144,3	8,7
2006	2,4	50,1	20,8	377,5	157,3	7,5
Thüringen						
1995	2,5	35,0	13,9	308,6	123,3	9,1
2000	2,4	40,6	16,6	350,3	144,1	8,8
2006	2,3	45,9	19,9	371,6	161,6	8,1
Ostdeutsche Flächenländer						
1995	14,2	209,1	14,7	1.775,7	125,3	8,5
2000	13,8	234,6	17,0	1.920,8	138,7	8,2
2006	13,2	266,8	20,1	1.992,7	151,0	7,5
Westdeutsche Flächenländer						
1995	61,8	1.474,4	23,8	8.733,0	141,3	5,9
2000	62,7	1.654,9	26,4	9.458,8	151,0	5,7
2006	63,2	1.848,3	29,2	10.441,0	165,2	5,6
Deutschland insgesamt						
1995	81,8	1.848,5	22,6	12.455,7	152,2	6,7
2000	82,3	2.062,5	25,1	13.079,0	159,0	6,3
2006	82,3	2.307,2	28,0	14.190,8	172,4	6,2

* in jeweiligen Preisen.

** Abweichungen gegenüber der Division der Spalten ‚BIP‘ und ‚Einw.‘ gehen auf Rundungsfehler und die Tatsache zurück, dass die Einwohnerzahlen vom Statistischen Bundesamt, die Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt und BIP pro Einwohner vom Arbeitskreis VGrDL stammen.

Quellen: Destatis, Genesis-Datenbank (Genesis-Code: 173-41-2); Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder VGrDL: Tabelle „Bruttoinlandsprodukt - in jeweiligen Preisen 1991–2006“ (http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tab01.asp); Destatis Fachserie 11 Reihe 4.3.2 2004, Tabelle 2.2.1.; eigene Berechnungen.

3. Studienkapazitäten

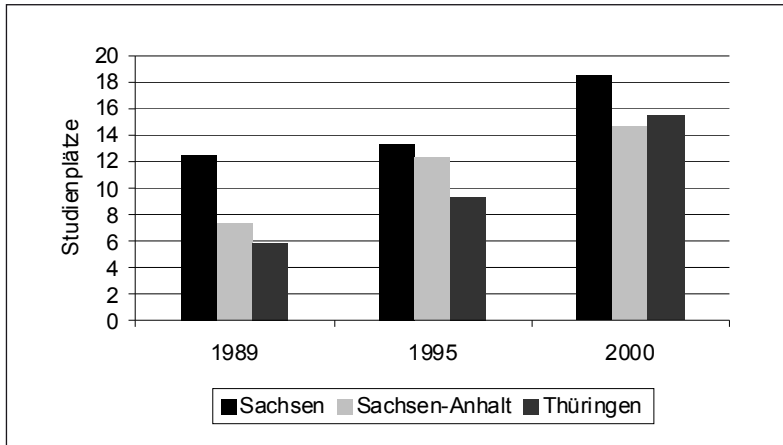
Für den quantitativen Ausbau ihrer Hochschulen hatten sich, wie alle östlichen Bundesländer, auch Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu Beginn der 90er Jahre anspruchsvolle Ziele gesetzt. Allen studierwilligen Landeskindern sollte ein Studienangebot im eigenen Land eröffnet werden. Insbesondere Sachsen ist zudem traditionell ein Exporteur von Hochschulbildung, bildete also immer schon deutlich über den eigenen Bedarf hinaus aus. Grundlage der daran anschließenden Strukturplanungen waren Studienanfängerprognosen, die von einer hohen Studiennachfrage, insbesondere einer sehr hohen Bruttostudierquote ausgingen (Adler/Lischka 1993; KMK 2001).

Die Studienplatzkapazitäten sollten mit der Bevölkerungszahl synchronisiert und strukturelle Disproportionen zwischen den Ländern abgebaut werden. Die Strukturplanungen der Hochschullandschaft basierten dabei auf einem Studienanfänger-Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen von 60:40 bzw. 50:50. Diesen planerischen Ansatz realisierten in der ersten Ausbaustufe Sachsen-Anhalt und Thüringen. Sachsen, von Beginn an mit einer starken universitären Infrastruktur ausgestattet, beabsichtigte, ein Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen von 80:20 zu realisieren (Buck-Bechler/Jahn/Lewin 1997: 105).

Die Realisierung der geplanten Ausbauziele wurde von den Landesregierungen in den letzten zehn Jahren korrigiert (Übersichten 6 und 7). Die wesentlichsten Gründe lagen einerseits im starken Rückgang der Studierwilligkeit von 74% im Jahr 1991 auf 64% im Jahr 1995 (Lischka 2003: 60). Eine Folge dieser Entwicklung war, dass die Studiennachfrage in einzelnen Studiengängen (z.B. Ingenieurwissenschaften) dramatisch absank, was Unterauslastungen zur Folge hatte. Mit einem gegenteiligen Nachfrageverhalten waren Studiengänge konfrontiert, die nach Meinung der Studieninteressierten gute berufliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten. Die Folge war, dass trotz ehrgeiziger Ausbauziele in einigen Fächern auch an ostdeutschen Hochschulen örtliche Zulassungsbeschränkungen eingeführt wurden.

Andererseits veranlasste vor allem die sich zum Ende der 1990er Jahre abzeichnende demografische Entwicklung in den ostdeutschen Ländern die Landesregierungen, geplante kapazitive Ausbauziele zu überprüfen und an die zu erwartende Studiennachfrage anzupassen (KMK 2001). Übersicht 7 verdeutlicht, in welchem Umfang die einzelnen Länder ihre

ursprünglich zu Beginn der 1990er Jahre für das Jahr 2000 konzipierten kapazitativen Ausbauziele (nicht) umgesetzt haben.



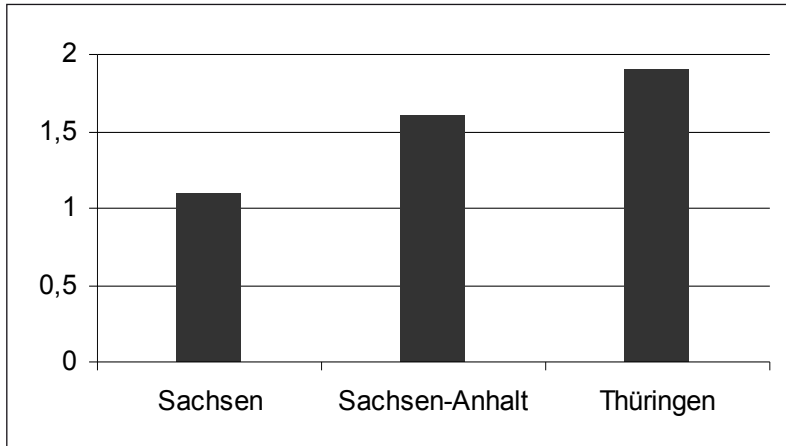
Übersicht 7: Ursprünglich geplante Entwicklung der flächenbezogenen Studienplätze je 1.000 Einwohner in den mitteldeutschen Ländern

Quelle: berechnet nach Projektgruppe Hochschulforschung, Buck-Bechler/Jahn/Lewin (1997: 106)

Gemessen an den zu Beginn der 1990er Jahre konzipierten Ausbauzielen für die mitteldeutschen Hochschulen im Jahr 2000 fiel die tatsächliche Ausstattung mit Studienplätzen im Jahr 2000 deutlich niedriger aus. Alle drei Länder haben den geplanten Ausbau der Hochschulkapazitäten nicht realisiert und statt dessen an die zwischenzeitlich prognostizierten demografischen Entwicklungen angepasst (KMK 2001). Um diesen Trend des kapazitativen Rückbaus in Ostdeutschland zu stoppen, wurde im Hochschulpakt 2020 den ostdeutschen Ländern für die Jahre 2007 bis 2010 eine Pauschale von insgesamt 15 % der Programm-Mittel zugesagt, die vom Bund jährlich zur Verfügung gestellt werden, und im Gegenzug verpflichteten sich die ostdeutschen Länder, die Studienanfängerplätze auf der Basis des Jahres 2005 auch in den Folgejahren vorzuhalten (BMBF 2007).

Im Wintersemester 2004/05 verfügen die mitteldeutschen Länder über rund 155.400 flächenbezogene Studienplätze. Im Mittel unterhalten sie 11,6 Studienplätze je 1.000 Einwohner. Sachsen liegt mit 14,1 Studienplätzen je 1.000 Einwohner im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländern von 14,0; Sachsen-Anhalt mit 11,6 und Thüringen mit 11,1 Studienplätzen je 1.000 Einwohner liegen unter dem Durchschnitt.

Dennoch ist zu konstatieren, dass alle mitteldeutschen Länder die absolute und relative Anzahl ihrer flächenbezogenen Studienplätze seit 1989 bis zum Wintersemester 2004/05 massiv erhöht haben. Die Zuwachsraten in Sachsen-Anhalt und Sachsen lagen bei etwa dem 1,5-fachen gegenüber dem Jahr 1989. (Übersicht 8)



Übersicht 8: Ausbau der flächenbezogenen Studienplätze (je 1.000 Einwohner) in den mitteldeutschen Ländern (WS 2004/05) im Vergleich zu 1989

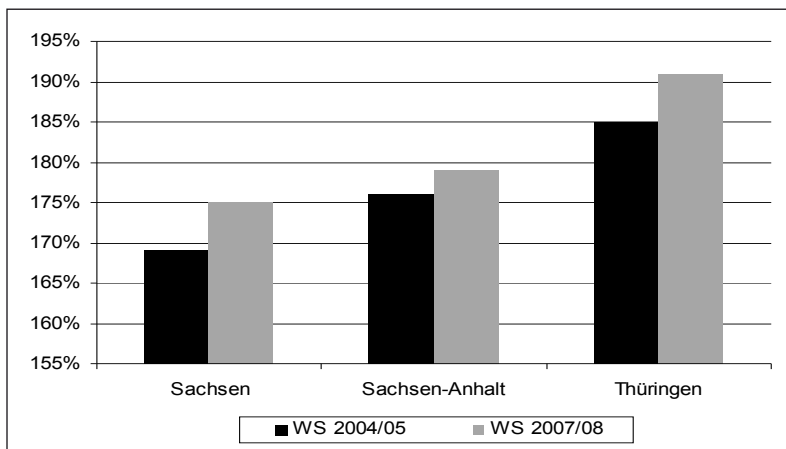
Quellen: Eigene Berechnungen nach Wissenschaftsrat (2005a, 2005b, 2005c)

Die Auslastung dieser vorgehaltenen Studienplätze ist in Mitteldeutschland vom Wintersemester 2004/05 bis zum Wintersemester 2007/08 deutlich gestiegen (Übersicht 9). Im Durchschnitt ist die Auslastung der flächenbezogenen Studienplätze seit 2004 um fünf Prozentpunkte gestiegen. In Sachsen und Thüringen stieg die Auslastung der Studienplätze im Jahr 2007 um sechs Prozentpunkte und in Sachsen-Anhalt um drei Prozentpunkte.

Bezüglich der Verteilung der Studienplätze zwischen Universitäten und Fachhochschulen zeigen sich gleichfalls Abweichungen von den zu Beginn der 1990er Jahre konzipierten Hochschulstrukturen:

- In Sachsen wurde das ursprünglich konzipierte Ausbauziel des Verhältnisses zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudienplätzen von 80:20 auf 75:25 zugunsten der Fachhochschulen korrigiert. Das entspricht dem Bundesdurchschnitt.

- In Sachsen-Anhalt ist derzeit ein Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen von etwa 60:40 zu konstatieren. Dieses Verhältnis kommt den konzipierten Ausbauzielen recht nahe.
- Entgegengesetzt verlief die Entwicklung in Thüringen. Durch den kapazitiven Ausbau der Universität Erfurt verschob sich das Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen auf 70:30.



Übersicht 9: Auslastung der flächenbezogenen Studienplätze in Mitteldeutschland (WS 2004/05 und WS 2007/08)

Quellen: Eigene Berechnungen nach Wissenschaftsrat (2005a, 2005b, 2005c) und Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 4.1

Eine wesentliche Begründung für den zurückhaltenden Ausbau der Studienkapazitäten liefern die Studienanfängerprognosen der Kultusministerkonferenz (KMK 2007; KMK 2009). Die Zahl der Studienanfänger/innen wird in den kommenden Jahren in Deutschland insgesamt zwar erheblich ansteigen. Zugleich werden aber zwischen den einzelnen Bundesländern sowie vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland erhebliche Unterschiede in der Nachfrage nach akademischer Bildung prognostiziert. Die Zahl der Studienanfänger in den westlichen Bundesländern wird zwischen den Jahren 2006 und 2013 zunächst erheblich ansteigen, um dann wieder abzufallen (KMK 2009: Tabelle II). In den ostdeutschen Ländern wird, nach einem kurzfristigen Anstieg, die Nachfrage ab 2009 deutlich unter das Niveau der letzten Jahre sinken (KMK 2009: Tabelle II). Damit ist in den nächsten Jahren in den westdeutschen Ländern mit einer steigenden Nachfrage nach tertiärer Bildung zu rechnen, die eine Verschärfung des dort ohnehin bestehenden Studienkapazitätsdefizits zur Folge hat. In

Ostdeutschland dagegen ist ein Studienkapazitätsüberschuss zu erwarten (vgl. Buch/Hener/Stuckrad 2006: 6f.). Mittelfristig indes bewirkt die demografische Entwicklung, dass die wesentlichen studienanfängerrelevanten Jahrgänge bundesweit, also in Ost wie West, geringer werden.

4. Fazit

Die Verteilung der mitteldeutschen Hochschulen im Raum ist weitgehend ausgeglichen. Die Ausdünnung der Hochschuldichte in Nord-Sachsen-Anhalt korrespondiert mit der dortigen Bevölkerungsdichte. In Thüringen sind die größeren Hochschulen – Jena, Weimar, Erfurt, Ilmenau – in der Mitte des Landes angesiedelt. In Sachsen gibt es eine gewisse Hochschulverdichtung im ostsächsischen Raum, die jedoch durch die landesgrenzenüberschreitende Nachbarschaft der großen Universitäten in Leipzig und Halle/S. ein Widerlager findet.

Übersicht 10: Entwicklung ausgewählter Indikatoren für die mitteldeutschen Länder 1995-2006: Bruttoinlandsprodukt, Anteil Erwerbstätiger an der Bevölkerung, Studierende pro 1.000 Einwohner

	Veränderung von 1995 auf 2006 (1995 = 100) des ...		
	... Bruttoinlandsprodukts	... Erwerbstätigenanteils	... Studierendenanteils
	in Prozent des Stands von 1995		
Sachsen	126,9	103,3	158,8
Sachsen-Anhalt	129,8	95,8	188,4
Thüringen	131,1	102,1	180,8
Ostdt. Flächenländer	127,6	100,0	177,7
Westdt. Flächenländer	125,4	108,1	100,1
Deutschland insgesamt	124,8	106,5	106,6

Quellen: Destatis, Genesis-Datenbank (Genesis-Code: 173-41-2); Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder VGRdL: Tabelle „Bruttoinlandsprodukt - in jeweiligen Preisen 1991-2006“ (http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tab01.asp); eigene Berechnungen

Die von den Hochschulen in Anspruch genommenen laufenden Grundmittel je Studierenden haben in Mitteldeutschland (7,19) den Durchschnittswert der westdeutschen Flächenländer erreicht (7,15), nachdem sie Mitte der neunziger Jahre fast doppelt so hoch waren. Wenn man die den Hochschulen zur Verfügung stehenden laufenden Grundmittel als Indikator für die Zuschüsse der Länder an die Hochschulen ansieht, so lässt sich allerdings feststellen, dass der Aufwand der Länder zur Finanzierung ihrer Hoch-

schulen in Mitteldeutschland noch deutlich höher ist als in Westdeutschland: Die laufenden Grundmittel betragen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durchschnittlich noch 8,0 Promille des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 5,6 Promille in den westdeutschen Flächenländern.

Übersicht 10 zeigt die Entwicklung ausgewählter Indikatoren in den mitteldeutschen Ländern zwischen 1995 und 2006. Dabei wurde jeweils der Stand von 1995 auf 100 Prozent standardisiert. Diese Form der Datenaufbereitung ermöglicht den direkten Vergleich der *Entwicklung* der regionalen Einheiten, denn es wird für alle die gleiche Ausgangsposition, nämlich ‚100‘ zugrundegelegt.

Sachsen war im Jahr 1995 unter den drei mitteldeutschen Ländern wirtschaftlich bereits am stärksten entwickelt:

- Zwar weist es bis 2006 ebenfalls einen Einwohnerrückgang auf 93,0 Prozent und einen Erwerbstätigenrückgang auf 95 Prozent der Werte von 1995 auf. Unterm Strich ergibt das immerhin einen Anstieg des Erwerbstätigenanteils an der Bevölkerung auf 103,3 Prozent (Bundesdurchschnitt: 106,5 Prozent).
- Es hat das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner unter allen ostdeutschen Ländern, wenn es auch noch beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Die *Steigerung* des Bruttoinlandsprodukts war allerdings nur durchschnittlich, da das Ausgangsniveau im Jahr 1995 relativ hoch war.
- Da Sachsen im Jahr 1995 bereits einen deutlich höheren Studierendenanteil an der Gesamtbevölkerung aufwies als die anderen ostdeutschen Bundesländer, fiel der Zuwachs bis 2006 geringer aus. Trotzdem liegt es mit 25,1 Studierenden pro 1.000 Einwohner sowohl über dem Bundesdurchschnitt als auch über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenstaaten.
- Bezogen auf die Einwohnerzahl gibt Sachsen unter den ostdeutschen Ländern mit 176,0 Euro pro Einwohner den höchsten Betrag für laufende Grundmittel der Hochschulen aus und liegt damit nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist jedoch nur ähnlich hoch wie in Sachsen-Anhalt und in Thüringen.
- Auch die laufenden Grundmittel pro Student/in sind in Sachsen vergleichsweise niedrig, was auf die hohen Studierendenzahlen zurückzuführen ist.
- Insgesamt sinken in Sachsen als einzigem östlichen Flächenland die laufenden Grundmittel zwischen den Jahren 2000 und 2004 sowohl absolut, als auch pro Einwohner, als auch pro Studierenden, wobei vor allem die Personalausgaben von Kürzungen betroffen sind. 2005 auf 2004 ist ein mässiges Wachstum zu bemerken.

Sachsen-Anhalt hat seit 1995 eine widersprüchliche Entwicklung vollzogen:

- Es hatte bis zum Jahr 2006 den bundesweit stärksten Bevölkerungsrückgang zu verkraften, und den stärksten Rückgang des Erwerbstätigen-Anteils an der Bevölkerung (im Jahre 2006 waren es 95,8 Prozent des Wertes für 1995).
- Sachsen-Anhalt weist den niedrigsten Erwerbstätigen-Anteil an der Bevölkerung auf und hat gleichzeitig eines der niedrigsten verfügbaren Einkommen je Einwohner.
- Dennoch schaffte Sachsen-Anhalt die bundesweit zweitstärkste (nach Thüringen) Steigerung des Bruttoinlandsprodukts zwischen 1995 und 2006.
- Beim Studierendenanteil an der Bevölkerung erzielte Sachsen-Anhalt bis 2006 die bundesweit höchste Steigerung der Studierendenzahlen, nämlich auf 188,4 Prozent des Stands von 1995. Bezogen auf die Steigerung des Studierendenanteils an der Bevölkerung besetzt das Land auch die Spitzenposition: Dieser Anteil hat sich von zehn auf 21 Studierende pro 1.000 Einwohner mehr als verdoppelt.
- Der absolute Betrag der laufenden Grundmittel stieg von 1995 bis 2006 kontinuierlich an. Bedingt durch den stärkeren Anstieg des Bruttoinlandsprodukts sinkt gleichzeitig der relative Anteil der Grundmittel am BIP.
- Aufgrund des Anstiegs der Studierendenzahlen sinken die laufenden Grundmittel je Student/in wie in allen anderen ostdeutschen Flächenländern ab. Sie liegen für Sachsen-Anhalt nur wenig über dem Bundesdurchschnitt.

Thüringen hat unter den ostdeutschen Flächenländern zwischen 1995 und 2006 wirtschaftlich den größten Sprung vollzogen:

- Es weist die höchste Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts und des Anteils am gesamten deutschen BIP auf.
- Thüringen hatte im Jahr 1995 noch das niedrigste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, lag 2006 jedoch im Mittelfeld der ostdeutschen Flächenländer.
- Das Land hatte zwischen 1995 und 2006 wie Sachsen einen Bevölkerungsrückgang auf 92,3 Prozent zu verkraften. Der Anteil Erwerbstätiger an der Bevölkerung steigerte sich bis 2006 jedoch leicht (ebenfalls wie in Sachsen) auf 102,1 Prozent des Wertes von 1995.
- Hinsichtlich des Studierendenanteils an der Bevölkerung liegt Thüringen (21,5 Studierende bei 1000 Einwohnern in 2006) unter Sachsen (25,1) aber etwas über Sachsen-Anhalt (21,0).

- Für Indikatoren ‚laufende Grundmittel pro Einwohner‘ und ‚laufende Grundmittel pro Studierenden‘ zeigen sich große Ähnlichkeiten zwischen Thüringen und Sachsen-Anhalt. Allerdings ist der Personalanteil an den laufenden Grundmitteln pro Student/in in Thüringen deutlich höher als in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Hinsichtlich der flächenbezogene Studienplätze verfügen die mitteldeutschen Länder im Mittel über 11,6 Studienplätze je 1.000 Einwohner. Sachsen liegt mit 14,1 Studienplätzen je 1.000 Einwohner im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländern von 14,0. Sachsen-Anhalt mit 11,6 und Thüringen mit 11,1 Studienplätzen je 1.000 Einwohner liegen unter dem Durchschnitt. Gleichwohl haben alle mitteldeutschen Länder die Zahl ihrer flächenbezogenen Studienplätze seit 1989 massiv erhöht.

Literatur

- Destatis (2009): Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2006, (= Fachserie 11 Reihe 4.3.2), Wiesbaden, <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1023038> (letzter Zugriff am 18.11.2009)
- KMK, Kultusministerkonferenz (2007): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020. Beschluss der KMK vom 16.11.2006. Dokumentation Nr. 182 <http://www.kmk.org/statistik/schule/statistiken/vorausberechnung-der-schueler-und-absolventenzahlen.html> (Zugriff 20.04.2009)
- KMK, Kultusministerkonferenz (2009): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2009 - 2020 –Zwischenstand; URL http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Zwischenstand_Vorausberechnung_Studienanfaengerzahlen_2009_2020.pdf (Zugriff 18.11.2009)
- Wissenschaftsrat (2005a): Empfehlungen zum 35. Rahmenplan für den Hochschulbau 2006 - 2009. Wissenschaftsrat http://www.wissenschaftsrat.de/texte/SN_35_RPL.pdf (letzter Zugriff am 16.05.2007)
- Wissenschaftsrat (2005b): Empfehlungen zum 35. Rahmenplan für den Hochschulbau 2006 - 2009. Wissenschaftsrat http://www.wissenschaftsrat.de/texte/ST_35_RPL.pdf (letzter Zugriff am 16.05.2007)
- Wissenschaftsrat (2005c): Empfehlungen zum 35. Rahmenplan für den Hochschulbau 2006 - 2009. Wissenschaftsrat http://www.wissenschaftsrat.de/texte/TH_35_RPL.pdf (letzter Zugriff am 16.05.2007)